

Kindstötungen prägten sie – nun tritt sie ab

Kesb Winterthur-Andelfingen Karin Fischers Behörde wurde zur Zielscheibe, nachdem in Flaach eine Mutter ihre beiden Kinder erstickt hatte. Die scheidende Präsidentin erklärt, welche Fälle die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde am meisten belasten.

Annette Saloma

Sie ist die vielleicht bekannteste Kesb-Präsidentin der Schweiz: Karin-Fischer. Die heute 58-jährige leitete die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kesb Winterthur-Andelfingen, die 2013 ihren Betrieb aufnahm, seit Beginn.

Im September 2014 geriet die Behörde erstmals in den Fokus der Öffentlichkeit: Die Gemeinde Hagenbuch machte die Kesb dafür verantwortlich, dass eine Flüchtlingsfamilie die Gemeindekasse zu sehr belaste. Es drohe deswegen sogar eine Steuerfusserhöhung, behauptete der Gemeinderat. Die Vorwürfe an die Kesb stellten sich später als falsch heraus.

Kurz darauf ereignete sich einer der tragischsten Kriminalfälle der jüngeren Schweizer Geschichte, der unter dem Begriff «Fall Flaach» in die mediale Berichterstattung einging. Am 1. Januar 2015 tötete eine 27-jährige Mutter in Flaach ihre beiden Kinder – ein zweijähriges Mädchen und einen fünfjährigen Jungen. Die Kinder waren von der Kesb zuvor, aufgrund eines Strafverfahrens gegen die Eltern, in einem Heim untergebracht worden. Über die Festtage durften sie zur Mutter zurückkehren. Als die Beschwerde der Mutter gegen die Rückkehr ins Heim abgewiesen wurde, erstickte sie ihre Kinder. Der Fall löste eine massive Debatte über die Rolle der Kesb aus.

Nun gibt Karin Fischer das Präsidium der Kesb ab – nach 13 Jahren im Amt.

Frau Fischer, wenn wir über Ihre Zeit bei der Kesb reden, müssen wir über den Fall Flaach reden.

Karin Fischer: Ich mag diesen Ausdruck «Fall Flaach» gar nicht. Ich möchte, dass man es beim Namen nennt: Eine Mutter hat ihre zwei Kinder getötet. Das war für alle ein Schock. Ausserordentlich belastend war, was danach passierte. Die mediale Schlammeschlacht, die Wutmails, die Drohungen. Zeitweise mussten wir unsere Räumlichkeiten bewachen lassen und brauchten auch privat polizeilichen Schutz. Das war eine schlimme Zeit, und sie zog sich über Jahre hinweg. An jeder Fachveranstaltung kam das Thema auf und dominierte alles. Es war, als würden wir dafür verantwortlich gemacht, dass die Kesb so negativ dasteht in der Öffentlichkeit.

Wie haben Sie diese Zeit erlebt? Es war das einschneidendste Erlebnis meiner beruflichen Laufbahn. Wir wollten daraus lernen und der Öffentlichkeit besser erklären, was wir tun – nicht als Imagekampagne, sondern damit klar wird, wie wir unsere Arbeit machen. Ich habe grundsätzlich bedauert, dass die Debatte über die Kesb so stark von Einzelfällen geprägt war.

Sie wurden danach durch Untersuchungen offiziell entlastet. Allerdings war schon die Unterstellung eines Kausalzusammenhangs zwischen dem Vorgehen der Kesb und der Tötung der Kinder verfehlt. Diese Mutter



«Ich möchte mich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stärker einbringen»: Karin Fischer tritt nach 13 Jahren im Amt zurück. Foto: Sabine Rock

hat ihre Kinder getötet. Die Verantwortung liegt bei derjenigen Person, die die Tat begangen hat.

Wie sehr hat Ihr Privatleben gelitten?

Ich hatte viele schlaflose Nächte. Zu Hause kann ich nicht einfach abschalten. Das hat auch meine Familie belastet. Ich musste diesbezüglich an mir arbeiten. Und manchmal sagte mein Mann: «Leg bitte das Handy weg und nimm ein Bad.»

Wenn Sie auf 13 Jahre als Präsidentin der Kesb zurückschauen: Mit welchem Vorurteil waren Sie am häufigsten konfrontiert?

Dass die Kesb eine gesichtslose Behörde sei, die den Familien die Kinder wegnehme.

Wie oft nimmt die Kesb Eltern tatsächlich das Kind weg? Wir nehmen keine Kinder weg, sondern entziehen den Eltern das Recht, über den Aufenthaltsort ihrer Kinder zu bestimmen. Die genauen Zahlen stehen jeweils im Jahresbericht. 2023 wa-

ren es 27 Minderjährige, welche durch die Kesb Winterthur-Andelfingen untergebracht wurden, 2024 waren es 25 Kinder und Jugendliche. Wichtiger ist aber: Solche Eingriffe sind meist kurzfristige Massnahmen. Meistens wachsen die Kinder langfristig zumindest teilweise in ihrer Herkunftsfamilie auf. Es sind jedoch nicht diese Fälle, die uns am meisten belasten.

Sondern?

Das sind die, bei denen getrennte Elternteile in einem Konflikt sind und gegeneinander um das Kind kämpfen. Für die betroffenen Kinder ist dies oft sehr belastend. Eine Beistandschaft löst das Problem meist nicht. Für die Eltern eröffnet sich mit einer Beistandschaft ein weiteres Feld, um zu streiten. Jedes Elternteil erwartet, dass der Beistand auf seiner Seite steht – das Erleben des Kindes gerät schnell aus dem Blick der Eltern.

Was kann die Kesb tun?

Wir appellieren in aller Deutlichkeit an die Eltern: Sie sind ver-

pflichtet, die eigenen Konflikte zu lösen und nicht die Kinder hineinzuziehen. Das gelingt ja auch den meisten.

Warum ist es so wichtig, dass Kinder in ihren Herkunftsfamilien bleiben?

Wir haben aus der Vergangenheit gelernt, welche Folgen es haben kann, wenn Kinder aus ihren Familien genommen werden. Denken wir an die Verdingkinder oder die Kinder von Fahrenden. Früher reichte es, alleinerziehend zu sein, um einer Mutter das Kind wegzunehmen. Heute fragen wir: Was bedeutet es für das Kind, was sind seine Interessen und Wünsche? Das fragen wir vor allem auch das Kind direkt.

Wann greift die Kesb in Familien ein – und wann nicht? Meldungen kommen etwa von Schulen oder Kinderärztinnen, wenn Gewalt oder Vernachlässigung vermutet wird. Schwieriger wird es, wenn Eltern einfach «auffällig» wirken. Eine Sucht der Mutter beispielsweise ist noch kein Beweis dafür, dass

es dem Kind schlecht geht. Es kommt darauf an, wie das Kind mit der Situation klarkommt und welche weiteren Bezugspersonen es hat. Wir müssen in jedem Fall sehr genau hinschauen.

Sie legen viel Wert auf Öffentlichkeitsarbeit. Sie publizierten Jahresberichte und lancierten einen Podcast. Wegen der Kritik an Ihrer Arbeit?

Ich hätte Öffentlichkeitsarbeit auch ohne die öffentliche Kritik wichtig gefunden. Vor der Einführung der Kesb spürten wir praktisch keinen Widerstand. Doch dann kam er aus verschiedenen Richtungen: von Gemeinden, bei Finanzierungsfragen, wegen angeordneter Massnahmen – und später durch Einzelfälle mit grosser medialer Aufmerksamkeit, die ein falsches Bild unserer Arbeit zeichneten.

Kann es die Kesb überhaupt jemandem recht machen?

Wem sollen wir es denn recht machen? Es geht ja nicht darum, ob unsere Entscheide allen

«Wenn jemand seine Finanzen nicht regeln kann oder lebenspraktische Unterstützung braucht, ist eine Beistandschaft Gold wert.»

Karin Fischer
Präsidentin
Kesb Winterthur-Andelfingen

gefallen, sondern darum, was das Beste für die Betroffenen ist. Wir sind auch keine Kinder- und Erwachsenen-Korrekturbehörde – es geht um den Schutz und die Unterstützung von Menschen, die darauf angewiesen sind.

Warum äussert sich die Kesb nicht zu Einzelfällen?

Wir unterliegen der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht. Diese dient dem Schutz der Privatsphäre der betroffenen Personen. Diese müssen darauf vertrauen können, dass vertraulich bleibt, was sie uns sagen.

Wenn man in der Öffentlichkeit über die Kesb spricht, geht es oft um Kinder. Aber Sie sind auch im Erwachsenenschutz tätig.

Richtig. Bei den laufenden Massnahmen betreffen rund ein Drittel Kinder und zwei Drittel Erwachsene. Da geht es häufig um Menschen mit einer demenziellen Entwicklung ohne tragfähiges Umfeld – oder um Personen mit psychischen oder geistigen Beeinträchtigungen. Ein staatlicher Eingriff, etwa durch das Einsetzen eines offiziellen Beistands, darf aber nur erfolgen, wenn es nicht anders geht. Oft reicht die Unterstützung durch Familie oder Bekannte. Auch da wird unsere Arbeit oft missverstanden.

Inwiefern?

Im Fall von Menschen, die auffällig sind, ist der Druck auf die Behörde gross, etwas zu tun. Wenn jemand zum Beispiel den ganzen Tag an die Heizung klopft, fragt die Nachbarschaft schnell einmal: «Warum macht die Kesb nichts?» Wir dürfen jedoch keine Beistandschaft anordnen, nur weil jemand als störend empfunden wird. Abgesehen davon, dass eine Beistandschaft an diesem Verhalten auch nichts ändern würde. Wenn aber jemand seine Finanzen nicht mehr regeln kann oder lebenspraktische Unterstützung braucht, ist eine Beistandschaft Gold wert.

Warum hören Sie jetzt auf und was kommt nach der Kesb für Sie?

Im Lauf der Zeit war ich als Präsidentin kaum mehr inhaltlich und fachlich involviert, sondern es ging vorwiegend um betriebliche Themen. Ich möchte mich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nochmals stärker einbringen. Ich werde mit einer Fachhochschule zusammenarbeiten, mehr kann ich dazu noch nicht verraten. In den Ruhestand gehe ich jedenfalls noch nicht.